„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax-Straße, Regina

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

18. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 19. August 1925 | 12 Seiten | Nummer 41

Hon. J. A. Croß bewirbt sich um Wahl in Willow Bunch

A. J. Hindle tritt freiwillig zurück

Nominationen bis 31. August fällig

Hon. J. A. Croß, der Attorney General von Saskatchewan, der bekanntlich bei der letzten Provinzialwahl in seinem Wahlkreis Regina unterlegen ist, wird nun eine neue Gelegenheit erhalten, da der Abgeordnete für Willow Bunch, J. A. Hindle, zu seinen Gunsten freiwillig zurückgetreten ist. Der Rücktritt Hindles wurde angenommen und der 31. August als Endtermin für die Nominationen bestimmt. Die Wahl wird wahrscheinlich acht Tage später abgehalten werden.

In einer Versammlung der liberalen Exekutive des Wahlkreises Willow Bunch, die letzten Mittwoch in Assiniboia stattfand, teilte Hindle seinen Entschluß mit. Der anwesende Minister, Hon. J. G. Gardiner dankte im Namen der Regierung dem zum dritten Male gewählten Abgeordneten für seine Selbstlosigkeit und seinen Opersinn und erklärte, dem Hon. J. A. Croß seien auch andere Sitze angeboten worden, doch habe sich die Regierung für Willow Bunch entschieden. Hindle ersuchte die Versammlung um tatkräftige Unterstützung des neuen Kandidaten und versprach selbst, seine ganze Kraft für die Erwählung von Hon. J. A. Croß einzusetzen.

Canadischer Erntebericht

Ottawa erwartet über 375 Millionen Buschel Weizen

Ernteaussichten in den Staaten haben sich verschlechtert

Ottawa. — In einem vom statistischen Bureau veröffentlichten Bericht wird die heurige canadische Weizenernte auf 375,404,000 Buschel geschätzt gegen 262,097,000 Buschel im letzten Jahr. Hafer erwartet man 446,337,000 Buschel gegen 405,976,000 im Jahre 1924. Andere Feldfrüchte sollen nach der amtlichen Schätzung ergeben: Gerste 94,650,000, Roggen 15,802,800, Flachssamen 8,866,100, Erbsen 2,983,300, gemischtes Getreide 30,250,000, Mais 12,475,000, Kartoffeln 43,545,000, Bohnen 1,085,500 Buschel, Buchweizen 9,385,000.

Der Durchschnittsertrag per Acker beläuft sich nach der vorläufigen Schätzung für Weizen auf 26,5 Buschel.

(Unsere Farmer wissen schon, was von diesen amtlichen Prophezeiungen zu halten ist. Hoffentlich werden dadurch die Börsenspekulanten nicht zu sehr zu einem Fallenlassen der Weizenpreise ermutigt.)

Der Monatsbericht der amerikanischen Ernte.

Washington. — Nach dem Monatsbericht des Ackerbauamts haben Wetter und andere Verhältnisse im Juli den Saatenstand im Allgemeinen geschädigt. Frühjahrsweizen mit einem Gesamtbetrag von 263,000,000 Buschel ging um 13,000,000 zurück. Die ganze Weizenernte wird dadurch um 7,000,000 Buschel geringer als nach dem Ausblick im Juli. Winterweizen, mit einer Schätzung von 416,000,000, weist eine Zunahme gegenüber letztem Monat auf.

Die große voraussichtliche Maisernte wurde um 145,000,000 Buschel vermindert. Das jetzt in Aussicht gestellte Erträgnis ist 2,950,000,000 Buschel. Roggen, Flachssamen, Reis, Süßkartoffeln, Tabak, Heu und Trauben hatten gleichfalls Verluste.

Bei Hafer trat eine Besserung ein. Das voraussichtliche Erträgnis ist 1,387,000,000, um 95,000,000 mehr als vor einem Monat. Auch Gerste, Aepfel, Pfirsiche und Birnen zeigen eine Zunahme. Die Hauptursache für die Abnahme der Maisaussichten war die Dürre.

Wie wird die Welternte?

Vom canadischen Landwirtschaftsministerium in Ottawa wird den „Courier" geschrieben:

Amtliche Schätzungen des heurigen Weizenertrages liegen vor aus folgenden 16 Ländern: Bugarien, Spanien, Ungarn, Italien, Norwegen, Holland, Polen, Rumanien, Canada, Ver. Staaten, Indien, Japan, Korea, Algerien, Französisch Marokko und Tunis.

Diese Länder haben im letzten Jahre, mit Ausnahme Rußlands, zwei Drittel der Weltweizenernte produziert. Ihr Gesamtertrag wird heuer auf 2,103,000,000 Buschel veranschlagt gegenüber 2,058,000 im letzten Jahr.

Die Produktion der acht obenerwähnten europäischen Länder ist 614,000,000 Buschel gegen 480,000,000 Buschel im Jahre 1924.

Wenn nicht die Ernte auf der südlichen Halbkugel, die erst im Dezember reift, sehr groß wird, wird die Gesamternte der Welt nicht ergiebiger sein als im letzten Jahr. Das erklärt sich namentlich aus dem amerikanischen Ernteausfall, der bedeutend hinter dem des letzten Jahres zurückbleibt.

Die Nachfrage nach Weizen wird in Europa geringer sein. Voraussichtlich werden Rußland und die Balkanstaaten beträchtliche Mengen ausführen.

Rückkehr des Premier Dunning von Ottawa

Gerüchte und Vermutungen

Premier Dunning von Saskatchewan, der in Ottawa mit dem canadischen Premierminister Mackenzie King und anderen hohen Persönlichkeiten über die politische Lage verhandelte, ist nach dem Westen abgereist, ohne daß Genaueres über den Zweck der Reise und über die Ergebnisse bekannt geworden wäre. Nach manchen Meldungen hat es sogar den Anschein, als ob die Verhandlungen resultatlos verlaufen seien.

Der Besuch des Premier von Saskatchewan wurde mit den zu erwartenden Dominionwahlen in Verbindung gebracht, deren Datum aber auch noch in Dunkel gehüllt ist. Andere Vermutungen beziehen sich darauf, daß man Premier Dunning in Ottawa den Posten eines Einwanderungsministers angeboten habe. Ob Dunning geneigt ist, seinen sicheren Posten als Premier von Saskatchewan mit dem unsicheren in Ottawa zu vertauschen, entzieht sich unserer Kenntnis. Verschiedene Stimmen wurden laut, welche einen solchen Schritt und schon das Ansinnen dazu zurückweisen, da sie Dunning auch weiterhin an der Spitze der Regierung von Saskatchewan sehen möchten.

Andererseits kann aber auch nicht geleugnet werden, daß die Besetzung der Einwanderungsabteilung mit einem hauptsächlich tätigen Minister in Ottawa, besonders mit Rücksicht auf die Besiedelung des Westens, sehr erwünscht wäre. Die jetzige Einwanderungspolitik, wenn man überhaupt von einer solchen reden kann, macht auf den vorurteilsfreien Beobachter, der auch Vergleiche mit den Verhältnissen anderer Länder zu ziehen weiß, absolut keinen günstigen Eindruck. Verschiedene Einflüsse, deren Ursprung an der Themse aber nicht am Ottawa-Fluß zu suchen sind, machen sich in recht unerfreulicher Weise geltend. Die Einwanderung aus zentraleuropäischen Ländern sucht man zu Gunsten britischer Arbeitslosen zurückzudämmen, ohne zu bedenken, daß tüchtige Bauern aus Mitteleuropa wie in Vergangenheit so auch in der Zukunft weit mehr zum wirtschaftlichen Aufbau des Landes beitragen können als Söhne englischer und schottischer Großstädte. Wenn sich ein Mann finden würde, der rückgratfest genug wäre, um an die Stelle der kleinlichen und teilweise verkehrten Einwanderungspolitik ohne Rücksicht auf gewisse Einflüsse eine großzügige und vernünftige Behandlung der Einwanderungsfrage zu setzen, so sollte er nicht zögern, im Interesse Canadas den Posten anzunehmen.

Deutsche Reparationsforderungen an Canada

Deutscher Generalkonsul wird in Ottawa wegen beschlagnahmten deutschen Eigentums vorstellig

Canadische Regierung braucht Monate zur Ueberlegung.

Ottawa. — Durch den deutschen Generalkonsul in Montreal ist der canadischen Regierung ein formelles Ersuchen um Rückgabe deutschen Eigentums zugestellt worden, das während und nach dem Kriege in Canada beschlagnahmt worden ist. Die Angelegenheit befindet sich jetzt unter Erwägung, doch steht eine Entscheidung der Regierung kaum vor mehreren Monaten zu erwarten.

Deutschland hat, wie man erfährt, dieses Ersuchen gestellt in Anbetracht der Tatsache, daß der Dawes-Reparationsplan nun in voller Ausführung begriffen ist und daß Canada daraus durch seine jährlichen Einnahmen solche Vorteile zieht, daß wohl die Forderung nach Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums erhoben werden darf.

Eine Reihe von besonderen Gesuchen um Freigabe von gewissem beschlagnahmten Eigentumsbesitz ist bereits im Interesse von leidenden Deutschen eingelaufen, aber der canadische Verwalter von „feindlichem" Eigentum, Hon. A. D. Copp, und der Reparationskommissär James Frieland haben bis jetzt solche Gesuche abgewiesen.

Der bisher durch Sequestrierung deutschen Eigentums in Canada erzielte Erlös stellt sich auf etwa $18,000,000. Wie viel schließlich durch den Verwalter feindlichen Eigentums erlöst werden wird, steht noch nicht fest. Von den durch den Vermögensverwalter erzielten $18,000,000 würden etwa $6,000,000 zur Befriedigung von Kriegsentschädigungsansprüchen von Canada verwendet. Mehrere andere Ansprüche sind noch in der Schwebe. Dazu gehört ein Anspruch von $1,500,000 von seiten der Ver. Staaten und weiterer Anspruch für $2,000,000 oder $3,000,000, worüber mit dem britischen Vermögensverwalter verhandelt wird.

Aus den obenerwähnten $6,000,000 sind unter anderem $1,250,000 an die Thompson Shipping Company in St. John, N. B., zur Entschädigung von zwei Schiffen bezahlt worden, welche die Deutschen während des Krieges interniert haben. Ferner hat die Massen Harris Company $2,200,000 erhalten, weil zwei Fabriken dieser Firma, eine in Berlin und eine in Budapest(!) beschlagnahmt worden sind. (Wie kommt man dazu, eine in Budapest beschlagnahmte Fabrik mit dem Erlös aus reichsdeutschem Eigentum zu entschädigen? Das scheint eine eigenartige canadische Reparationsmethode zu sein.)

Aehnliche Forderungen an die Ver. Staaten.

Washington. — Die deutsche Regierung hat Schritte eingeleitet, um das im Weltkrieg beschlagnahmte Eigentum ihrer Bürger zurückzuerlangen. Der deutsche Botschafter übergab Sekretär Kellogg eine formelle Mitteilung, welche um baldige Verhandlungen über die Angelegenheit ersucht.

Der Text der deutschen Note wurde nicht bekannt gegeben, dem Vernehmen nach weist das Schriftstück aber darauf hin, daß im Hinblick auf den Dawes Plan und den Vorteil welchen die Ver. Staaten durch Zahlungen daraus ziehen, eine Regelung der deutschen Eigentumsfrage jetzt angemessen scheine.

Während der Beratung des Friedensvertrages mit Deutschland faßte der amerikanische Kongreß einen Beschluß, der besagt, daß die Washingtoner Regierung deutsches Eigentum behalten solle, bis alle privaten Ansprüche amerikanischer Bürger gegen Deutschland befriedigt seien. Dabei wird ein neuer Kongreßbeschluß notwendig.

• • •

Es ist wohl an der Zeit, daß die während des Krieges verübten ge-

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Gegen den Luftverkehr mit canadischem Schnaps

Verschärfte amerikanische Grenzbewachung

Alles nur wegen der Prohibition

Washington, 15. August. — Das Prohibitionsdepartement will jetzt sein besonderes Augenmerk dem Verbieten des Schleichhandels mit Spirituosen über die canadische Grenze mittels Flugzeug zuwenden. Dieser Zweig des Schleichhandels soll sich in der letzten Zeit besonders stark entwickelt haben.

Um dem Schmuggel jeder Art einen Riegel vorzuschieben, hat das Schatzamt an der ganzen canadischen Grenze vom Atlantischen Ozean bis zum Stillen Meer einen engeren Wachtdienst eingerichtet, dessen Bemannung im Notfall noch verstärkt werden soll.

Zolleinnehmer Ferguson in Detroit erhält für den ihm unterstellten Distrikt alle Leute, die er verlangt. Zwischen Buffalo und Maine sind in den letzten Wochen 71 neue Leute eingestellt worden, während die unabhängigen Verbände für Prohibition und Rauschgifte zu enger Zusammenarbeit herangezogen werden. Zolleinnehmer Ferguson von Detroit hat die Vollmacht erhalten, bis zu 50 Mann neue Leute in den Dienst am Detroit-Fluß einzustellen und notgedrungen Kraftwagen und Motorboote anzuschaffen.

Im Einklang mit dem Reorganisationsprogramm wurden dreihundert Mann, deren besondere Pflicht ist, die Einschmuggelung von Rauschgiften zu bekämpfen, angewiesen, mit den Zoll- und Prohibitionsbeamten zusammenzuarbeiten. Diese dreihundert Mann sind gut ausgebildete, im Zivildienst stehende Leute.

Der Plan, daß die Flotte ihre Rekruten im Küstendienst für die erwähnten Dienste ausbilden soll, wurde fallen gelassen, da dadurch der Flotte die betreffenden Kosten aufgebürdet werden müßten. Die Rekrutierungsstation für die Küstenwache in New London wird buchstäblich von Leuten überlaufen, die sich zum Dienst drängen.

Die Kosten für die Reorganisation und Verstärkung des Prohibitionsdienstes an der canadischen Grenze sind so groß, daß die Zollbehörden glauben, daß sie zum großen Teil wieder eingebracht werden, wenn auf alle diese Dinge, die heute noch über die Grenze geschmuggelt werden, darunter sogar Vieh und Ackerbauprodukte, Zoll entrichtet werden muß. Ferner wird erklärt, daß ungefähr 25 Prozent der im Lande konsumierten Spirituosen über die Grenze kommt, und die Agenten im Innern weniger zu tun haben werden, wenn einmal diese Quellen an der Grenze wirklich verstopft werden.

Französische Erfolge in Marokko

5000 Anhänger von Abd el Krim ergeben sich

Stämme fallen von Riff-Führer ab

Fez, Franz. Marokko, 15. Aug. — Die Lage ist überall an der Gefechtsfront vorzüglich für die Franzosen, während die Riffstreitkräfte zu zerfallen scheinen. Die Abteilung von Oberst Freydenburg besetzte die gesamte Djebel-Sarsar-Stellung ohne Schwertstreich. Die Stellung war so fest verschanzt, daß der französische Stab zwei Wochen lang mit einem Angriff zögerte.

Djebel-Sarsar war der Stützpunkt, von welchem aus die abtrünnigen Stämme die Gegend bei dem Quezzon—Souk-El-Arda Hochweg terrorisierten. Die französischen Truppen haben die Stellung völlig gesäubert und errichten eine ständige Verteidigungslinie neben der spanischen Linie, welche künftige Einfälle durch die rebellischen Stämme unmöglich macht.

Die Folgen des anhaltenden erfolgreichen Druckes zeigen sich allmählich in jedem Teil der Linie. Die Stämme bringen ihre Herden nach sicheren Plätzen und bekunden immer weniger Kampflust. Selbst der Brauesstamm, obwohl unablässig durch Abd el Krim's Propaganda aufgereizt, wird kampfmüde und scheint zu baldigen Verhandlungen zur Unterwerfung unter die Franzosen gewillt. Den Franzosen freundliche Stämme im Kriegsgebiet bringen ihre Herden zurück und besetzen die Dörfer wieder.

Tetuan, Span. Marokko, 15. Aug. — Fünftausend Rebellen ergaben sich bedingungslos den französischen und spanischen Truppen, welche die Stellung auf den Sarsar-Höhen eroberten.

Raubüberfall mit $87,000 Beute in Winnipeg

Von den Tätern hat man keine Spur

Winnipeg. — Einer der frechsten Raubüberfälle in der Geschichte der Stadt wurde am hellen Tage letzten Freitag auf Dick Shaw, den stellvertretenden Kassier der Winnipeg Electric Railway Unternommen. Er holte das Lohngeld in der Hauptstelle der Bank of Montreal, die etwa einen Block von den Geschäftsräumen seiner Gesellschaft entfernt liegt, und fuhr zurück. Als Shaw das Auto mit einem Lederbeutel verließ, in dem das Geld enthalten war, wurde er von einem wohlgekleideten Mann angehalten, der ihm befahl, das Geld abzuliefern. Drei andere Männer tauchten auf und umringten den Kassier, als dieser sich weigerte, der Aufforderung nachzukommen. Revolver wurden gezogen und Neugierige, die sich herandrängen wollten, wurden zurückgewiesen. Einer der Banditen schlug darauf mit dem Revolverkolben Shaw derart auf den Kopf, daß er zu Boden fiel, worauf ihm der Beutel mit dem wertvollen Inhalt entrissen wurde. Zwei andere Burschen hatten inzwischen schon von dem Auto der Gesellschaft Besitz ergriffen, in dem die anderen Platz nahmen und den Wagenlenker Knoler zwangen, in rasender Eile davonzufahren, wenn er nicht des Todes sein wolle. Einige Blocks entfernt wurde Knoler abgesetzt. Er wurde zum Verhör in Gewahrsam genommen. Den Räubern sind $87,000 in die Hände gefallen, mit denen sie das Weite suchten, ohne daß man eine Spur von ihnen hat.

In Erwartung der nächsten Sicherheits-Note

Britische Aenderungen am französischen Entwurf

Baldige Konferenz soll über Schicksal des Sicherheitspaktes entscheiden

Paris, 17. August. — Die französische Note über den vorgeschlagenen Sicherheitsvertrag, die mit Zustimmung der Alliierten anfangs dieser Woche nach Deutschland abgeht, ist bereits im Prinzip von der belgischen Regierung gebilligt. Sie wurde während der Londoner Verhandlungen nach Brüssel geschickt.

Die Billigung der italienischen Regierung wird in Paris rechtzeitig erwartet, um das Schriftstück Montag oder Dienstag nach Berlin senden zu können.

Begleiter von Auslandsminister Briand, die aus London zurück sind, teilen mit, daß der ursprüngliche französische Text als Grundlage für die endgültige Abfassung der Note benutzt wurde. Die Aenderungen, welche auf Ersuchen des englischen Ministers Chamberlain gemacht wurden, berühren die Hauptpunkte der Politik nicht.

Briand berichtete über das Ergebnis der Londoner Verhandlungen im Ministerrat. Zeitungsleute wollen mehr über eine Unterredung erfahren, die Briand in London mit dem amerikanischen Botschafter Houghton hatte. Der Minister erfüllte ihren Wunsch aber nicht. Er bemerkte, es sei richtig, daß er den amerikanischen Botschafter gesehen und mit ihm getrühstückt habe. Er könne aber nur sagen, daß das Frühstück vorzüglich gewesen sei.

Berlin, 17. Aug. — Deutschland nimmt an, daß sich Ende Au-

zust eine Konferenz in London oder Ostende versammelt, um die Streitpunkte beim Sicherheitspakt zu besprechen. Deutschland, Frankreich, Belgien und England werden nach meiner Annahme vertreten sein. Noch viele Dinge sind zu klären, bevor Deutschland dem Wunsch der Alliierten entsprechend in den Völkerbund treten kann. Deutschland verlangt Ausnahmen zu seinen Gunsten, bevor es sich der Liga anschließt. Besonders will Deutschland Schutz gegen Vorkehrungen, wodurch Frankreich zum Beistand von Polen Truppen durch Deutschland bringen könnte. Wenn die kommende Konferenz sich rasch einigt, wird Deutschlands Gesuch um Aufnahme wohl in der September-Beratung der Liga erwogen.

(Siehe auch Editorialartikel „Die Schicksalsstunde des britischen Reiches", auf Seite 2!)

Starker russischer und deutscher Einfluß in der Türkei

Amerikanischer Senator schildert seine Eindrücke

Führende deutsche Stellung im Handelsleben

Berlin, 17. Aug. — Senator William H. King von Utah ist nach einer längeren Tour durch die Balkanstaaten, Türkei, Syrien und Palästina hier eingetroffen. Er befindet sich hier zum Besuch seiner Tochter, Frau Carl Fisher, deren Gatte Sekretär auf der amerikanischen Botschaft ist. Senator King war einer der Senatoren, die unentwegt dem türkisch-amerikanischen Vertrag für Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Türkei und den Ver. Staaten opponierten.

Der Senator erklärte, Deutschland scheine seine frühere Stellung im Handel mit der Türkei schneller wiederzugewinnen als irgendeine andere Macht, während die russische Sowjet-Regierung von irgendeiner Macht in Betracht gezogen werden müsse, die mit der Türkei zu tun habe. In Verbindung hiermit sagte er, er sei noch nicht mit sich im Reinen in Betreff seiner späteren Haltung zu dem türkischen Vertrag. Eine sorgfältige Beobachtung der Zustände in Angora, Konstantinopel, Konia und Smyrna habe ihn davon überzeugt, daß die von der Türkei unter dem Lausanner Vertrag eingesetzten Gerichte ähnlich seien wie die Tscheka-Gerichte in Rußland und ferner habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß der Vertrag in vielen anderen Punkten nicht befolgt werde. Unter diesen Umständen frage er sich, ob es sich lohne, mit der türkischen Regierung unter Mustapha Kemal Pascha Vertragsbeziehungen zu pflegen.

Weiter sagte der Senator, alle Länder, welche mit den Kemalisten unterhandeln wollten, müßten das Beispiel Rußlands und Deutschlands nachahmen und

(Fortsetzung auf Seite 4)

Die neuen deutschen Zollsätze

Canadisches Mehl und canadischer Weizen fallen unter erhöhten Zoll

Fordonts wird $1100 in Deutschland kosten

Berlin, 17. Aug. — Unter den Zollsätzen des neuen Zolltarifs waren in der Debatte die landwirtschaftlichen Fälle die umstrittensten. Der provisorische Zolltarif hebt die bisher noch bestehende Einfuhrerlaubnis für Getreide und andere Nahrungsmittel auf. Er bestimmt, daß zunächst, und zwar bis zum 31. Juli 1926, Minimalzollsätze für Getreide in folgender Höhe eingeführt werden: 3 Mark für Roggen, 3 Mark 50 Pfennig für Weizen, 2 Mark für Gerste und 3 Mark für Hafer, und zwar jeweils für einen Doppelzentner.

Vom 1. August 1926 an sollen die Minimalzölle betragen: 5 Mark für Roggen, 5 Mark 50 Pfennig für Weizen, 2 Mark 30 Pfennig für Gerste und 5 Mark für Hafer.

Die autonomen Zölle, die gegenüber solchen Staaten, mit denen keine Handelsverträge abgeschlossen werden, in Kraft treten, betragen: 7 Mark für Roggen, 7 Mark 50 Pfennig für Weizen, 7 Mark für Gerste, 7 Mark für Hafer.

Der Mehlzoll ist auf 18 Mark 75 Pfennige erhöht und der gleiche Zoll gilt auch für andere Müllererzeugnisse.

Neu ist ein Zoll für Kartoffeln in der Höhe von 50 Pfennig für einen Doppelzentner für Herbstkartoffeln, die bisher nicht zollgeschützt waren, während der Zoll für Frühkartoffeln, der bisher 2 Mark 50 Pfennig betrug, auf 4 Mark erhöht werden soll.

Für Pferde ist ein Zollsatz von 500 Mark vorgesehen gegenüber Zollsätzen von 90 Mark, 180 Mark und 360 Mark im bestehenden Zolltarif. Für Rinder, Schafe und Schweine sind die Zollsätze von 18 Mark per Doppelzentner wieder eingeführt. Fleisch und zwar Frisch- und Gefrierfleisch, soll je nach seiner Qualität 45 Mark, 60 Mark und 120 Mark per Doppelzentner kosten. Alle diese Positionen sind im Augenblick noch zollfrei. Für frische Milch soll ein Zollsatz von 5 Mark, für Rahm von 20 Mark eingeführt werden. Bisher bestand für diese Waren überhaupt Zollfreiheit.

Die Industriezölle nehmen, natürlich im Zolltarif den breitesten Raum ein. Unter den Produkten der chemischen Industrie im weiteren Sinne des Wortes sind zum Teil erhebliche Zollerhöhungen vorgesehen. Eine ganze Anzahl von Stoffen, die bisher frei eingeführt werden konnten, soll nunmehr verzollt werden. So Alkalimetalle mit 15 Mark, Phosphor mit 10 Mark, Milchsäure mit 20 Mark, Jodkalium mit 100 Mark, Alaun mit 4 Mark, arsenische Säuren mit 10 Mark, seltene Erden mit 100 Mark, Quecksilbersalze mit 100 Mark, Gold- und Platinverbindungen mit 1500 Mark, Silbersalze mit 500 Mark, Salzsäure mit 100 Mark, Tannin mit 50 Mark, Wismutsalze mit 300 Mark, Wolframsäure mit 100 Mark. Für andere Produkte sind Zollerhöhungen vorgesehen, die einfach die Geldentwertung berücksichtigen. Für Farbeneinfuhren sind jedoch zum Teil Erhöhungen von 100 u. 200% vorgesehen. Gleichfalls stark erhöht im Zoll sind gewisse Arzneimittel, zum Beispiel Morphium und Kodein, die bisher frei waren, jetzt aber 10,000

(Fortsetzung auf Seite 4.)